

Ercheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,80 Mk., halbjährlich 3,20 Mk., jährlich 6,00 Mk. Durch die Post bezogen 1,60 Mk. extra beizulegen.

„Die Neue Welt“ (Anschaltungsbeilage), monatlich 10 Pf.

Verantwortl. Redakteur: Redaktion: Nr. 106, Expedition: Nr. 1047, Telegramm-Adresse: „Sozialist. Halle“.

Sozialist

Insertionsgebühr beträgt für die 6 spaltenweise Zeilen über deren Raum 20 Pfennig. Für aussergewöhnliche Anzeigen 30 Pfennig.

Im rekabulierten Rate kostet die Zeile 70 Pfennig.

Interate für die fällige Nummer müssen zahlbar bis zum Mittag 10 Uhr in der Expedition anbezahlt sein.

Einlagen in die Postkassette.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Post 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Um die Selbstverwaltung!

Zu den Krankentassen-Kongressen.

Reichstagsabgeordneter Genosse G u t a v o H o p schreibt uns: **Unmittelbar bevor im Plenum des Reichstags die zweite Lesung des Entwurfs für die Reichsversicherungsordnung beschloss, versammelten sich die Vertreter der Krankentassen Deutschlands, um Einspruch gegen die geplante Entredung der Arbeiter in der Leitung ihrer Krankentassen zu erheben.** Diese Kundgebung ist für die gesamte Arbeitererschaft von großer Bedeutung.

Ringer als 2 Jahre haben die Arbeiter ihr Selbstverwaltungsrecht in ihren Krankentassen angeht. Recht soll es ihnen entziffen werden — angeblich, weil sie mit dem Rechte Mißbrauch getrieben haben. Damit wäre dann zu beweisen, daß die Arbeiter aus eigener Kraft ihre öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten nicht regeln können und deshalb von den Unternehmern und Behörden bedrängt werden müssen.

In Wahrheit aber hat sich die Selbstverwaltung der Arbeiter in ihren Krankentassen aus eigener Kraft bewährt. Es zeigt die Entredung der Krankentassen so klar, und ist überdies von allen Sachverständigen so oft auch ausdrücklich anerkannt worden, daß selbst unsere Gegner darüber nicht im Zweifel sein können. Ihre Feindschaft gegen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter ist vielmehr aus politischen Gründen erwachsen; denn unsere Gegner erblicken in einer solchen Selbstständigkeit der Arbeiter eine Gefahr für die heutige Ausbeutungswirtschaft. Dazu kommt noch ein besonderes Interesse der Agrarier an der Entredung der Arbeiter. Durch die Reichsversicherungsordnung soll die Krankenversicherung auch auf drei Millionen landwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte ausgedehnt werden. Die Agrarier haben hierbei wieder einmal ihre besondere Arbeiterfeindschaft betätigt; sie haben die Leistungen der Landkrankentassen für die Erkrankten so viel wie irgend möglich herabgesetzt. Sie fürchten, daß die Krankentassen, wenn in diesen Kreisen die Versicherer mehr Rechte haben und für die Kranken besser geforgt wird, als es in den Landkrankentassen der Fall ist, dann werden über kurz oder lang auch die landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten immer mehr Verbesserungen verlangen. Aus diesem Grunde treten die Agrarier am entscheidendsten für die Entredung der Arbeiter ein. Aus diesem Grunde verkehren sie die offensündigen Tatsachen in ihre Gegenteil; den von den Arbeitern selbst geleiteten Krankentassen lagern sie alle möglichen und unmöglichen Schwelbheiten nach, während sie die arbeiterfeindliche Praxis der Berufsvereinigungen in der Unfallversicherung gar nicht genug rühmen können. Aus diesem Grunde endlich sollen jetzt die Krankentassen in den Krankentassen Selbstverwaltung und die freien Hilfskassen als Ersatzklassen erbrockelt werden, damit alle Arbeiter in den Zwangsstufen der Verordnung durch die Unternehmer, durch abgewandte Offiziere als aufgeschwungene Kassenbeamte überführt werden; die Alleinhegemonie der Unternehmer in den Berufsvereinigungen bleibt dagegen unangefastet.

Eine solcher Vergewaltigung der Arbeitererschaft wegen der arbeiterfeindlichen Praxis, als ob die deutschen Arbeiter willenslose Schafden wären, mit denen die Nachhaber nach ihrem Willen schalten und walten können. Und sie mögen es, weil sie glauben, daß sie die Arbeiter durch die Witwen- und Waisenversicherung fangen können: „Was habt ihr,“ so rufen sie den Arbeitern zu, „von eurem Selbstverwaltungsrecht, das ihr nur von Vorteil für die sozialdemokratischen Agitatoren“, auch kommen nur die Unterlegungen zugute, und sie werden jetzt verbeßert.“

Diesen Schwindel werden die Krankentassen-Kongresse zu schanden machen. Die werden Männer ihre Stimme erheben, die den verschiedenen politischen Parteien angehören, aber das eine gemeinlich haben, daß sie — zumal die Sozialdemokraten — mit dem größten Erfolge — an der Krankenversicherung tätig mitgewirkt und sich dadurch auf diesem Gebiete wertvolle Erfahrungen und Sachkenntnis erworben haben. Sie sind daher in der Tat berufen, ein Wortlauten in Sachen des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter in den Krankentassen abzugeben. Und sie werden es tun in demselben Sinne, wie es die früheren Krankentassen-Kongresse bereits getan haben: Sie werden nachweisen, daß die Selbstverwaltung der Arbeiter die unerlässliche Voraussetzung für eine sachgemäße Krankenfürsorge der Arbeiter ist, und daß selbst irgendwelche Verbesserungen des Versicherungswesens nur dann wirklich irgendwelche Wirkung bringen können, wenn sie von den Arbeitern selbst auf Grund ihres Selbstverwaltungsrechts sachgemäß durchgeführt werden, daß aber durch die geplante Entredung der Arbeiter in der Leitung der Krankentassen in die Krankentassenverwaltung trotz aller scheinbaren Verbesserungen dieselbe arbeiterfeindliche Praxis eingeführt wird, und daß die Leistungen der Krankentassenversicherung in derselben Weise herabgedrückt und den Arbeitern verweigert werden, wie es schon jetzt nur zu oft in der Unfallversicherung geschieht.

So werden die Verhandlungen auf den Krankentassen-Kongressen zu einem Kampf der gesamten Arbeitererschaft werden. Sie werden den Arbeitern zeigen, daß die sozialdemokratischen Agitatoren hier wieder einmal die Vorläufer für die Interessen der Arbeitererschaft sind, daß es sich hier nicht nur um das gute Recht einzelner Personen, sondern um einen der wichtigsten Zweige der sozialen Fürsorge handelt, daß hier sehr wichtige Interessen der gesamten Arbeitererschaft auf dem Spiele stehen.

Und der Auf wird nicht ungehört verfallen. Denn die deutschen Arbeiter sind glücklicherweise keine willenslose Schafden. Sie haben aus der Erfahrung gelernt, zu wech unträglichen Zuständen ihre Rechtlosigkeit noch stets geführt hat und auch stets führen muß. Die soziale Not, unter der sie so sehr leiden, hat sie zur Erkenntnis ihres Mißinteresses gebracht und sie in den gerechtfertigten und politischen Kampf getrieben, um bei der Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten ein entscheidendes Wort mitzureden und sich dadurch bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erringen. Diesen Kampf um ihr Recht und Brot führen die Arbeiter trotz aller Opfer, die er fordert, mit immer stärkerem Nachdruck — und jetzt sollten sie sich eins ihrer wichtigsten Rechte entziehen lassen? Nein, das kann nicht, das darf nicht sein. Die Krankentassen-Kongresse werden ihren Zweck erfüllen, sie werden die gesamte Arbeitererschaft zum Kampfe um ihr Selbstverwaltungsrecht anfeuern.

Das Zuchthausgesetz.

Die Schmach der Schamfächer.

Der Scherbenhaufen wird von gutunterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Regierung ungeduldet sei, was die der Strafgesetzkommision eine Denkschrift über Strafausbreitungen vorgelegt worden wäre. Es soll sich um ein Mißverständnis handeln, über das der Sozialist hier sagt:

„Die Kommission liegt allerdings ein Statistikk vor, das ist aber die in der regelmäßig vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Statistikk für das Deutsche Reich enthaltene Kriminalstatistikk, die eine zahlenmäßige Zusammenstellung über sämtliche zur Aburteilung gelangte Strafstaten enthält, die nach Gesetzen und innerhalb der Gesetze nach Paragrafen geordnet sind. Es fehlen auch nicht die Verhältnisse gegen den § 153 der Gewerbeordnung sowie die deswegen verhängten Strafen. Aber gerade diese Vergehen sind in der Statistikk mit drei oder vier Zeilen abgelesen, ohne besonders hervorgehoben zu werden. Möglicherweise liegt auch eine andere Veranschaulichung vor. (2) Es ist im Reichsjahrbuch in der Ausarbeitung begriffen die alle zwei Jahre erscheinende deutsche Justizstatistikk, die zahlenmäßige Material gibt über sämtliche von deutschen Gerichten geführten Prozesse. Der Abschnitt über Strafprozesse ist aber eine Strafstatistikk, sondern lediglich eine Strafprozessstatistikk, das heißt: sie gibt nur die Zahl der anhängig gemachten Strafprozesse und die Zahl der in diesen Prozessen erfolgten Verurteilungen an, ohne jedoch die Art der Strafstaten näher zu bezeichnen, auf Grund deren die Verurteilungen erfolgten. Jedemfalls haben diese beiden Statistiken nicht den geringsten tendenzigen Zweck, da sie regelmäßig erscheinen.“

Auf das halbmännliche Dementi des Scherbenhaufens ist kein Widerspruch zu geben. Und die Tatsache, daß man sich mit dem Scherbenhaufen in verächtlichem Scherben der Strafvollstreckung zugleich eine der Gründe, ein Ausnahmefall gegen die organisierte Arbeitererschaft zu schaffen, das Koalitionsrecht zu verwickeln, ist mit dem Verlegenheitsgeheimnis noch lange nicht aus der Welt geschafft.

Die Regierung von den schwarzen Vätern der Bethmannschen Regierung ist durchaus keine sozialdemokratische Erfindung, sondern wird auch in liberalen Kreisen durchaus ernst genommen. In der Sozialzeitschrift vom Dienstagabend schreibt ein liberaler Parlamentarier: „Die Nachricht (von dem Zuchthausgesetz) trifft zu! Und er beweist nun, wie der schwarzblaue Minister in seiner berühmten „Moabitrede“, in der er der famosen Polizei des Herrn Jago ein neues Verbrechen flocht, bereits die halbmännlichen Bestimmungen angeknüpft hat. Wir haben das gestern ebenfalls schon dargestellt. Und daß die der preussische Minister des Innern, von Dallwitz, am 8. April in einer Rede im Reichstagen, „Herenbau“ gleichfalls im Bethmannschen Sinne geäußert hat. — Der liberale Parlamentarier der Sozialzeitung kommt gleich uns zu dem Schluß: „Wer aber kann leugnen, daß das Bethmannsche Programm gegen den Terror nicht anders ist, als ein Reduzierung gegen die Koalitionsfreiheit? Nichts anderes ist, als ein Vorschlag zu einem Ausnahmefall.“

Mag man diese Absichten nur immer ablehnen — bei den Arbeitern wird die Bethmannsche Unterlegierung damit wenig Glauben finden!

Die Dunkel- und hirnlose Schamfächerrede macht denn auch viel weniger ein Gebi über dem Kopf gegen die organisierte Arbeitererschaft und der Scherbenhaufen mit einem feinen Zuchthausgesetz. Besonders das agrarische Erzeugnis für Protz und Kriegstatte, Armenmittel Deutsche Tageszeitung vermag ihren Kopf nicht mehr zu geneigen und schreit mit der eigenen eblen Dreistigkeit ganz ungeniert und offen nach einem Ausnahmefall. Und das in dem gleichen Moment, in dem die Regierung halbmännlich betreibt, daß der Strafgesetzkommision Material über Strafausbreitungen

zugegangen ist. Das Blatt gibt eine Schilderung von der lästigen Arbeiterwilliger in Chemnitz, die von der Chemnitzer Volksstimme schon vor einigen Tagen als maßlose Ueberhebung nachgewiesen worden ist. Das Oertel-Blatt, denn von den kommenden Wahlen anst und bange ist, ergreift diese Gelegenheit natürlich mit Freuden, um wieder einmal gegen die Arbeiterklasse legen zu können. Daß wir noch keinen durchdringenden Arbeitsverhältnissen“ bitten, sei, nach Ansicht der Deutschen Tageszeitung, zum verachten die Schuld der Regierung. Das Junkerorgan meint dann:

„Die Hauptschuld liegt bei der Mehrheit des Reichstags, die für ein durchgreifendes Gesetz gegen den sozialdemokratischen Terrorismus nicht zu haben sein dürfte. Das kann aber die verantwortliche Regierung nicht entschuldigen. Sie muß nochmals den Versuch machen, ein einflussreiches Gesetz durchzubringen. Scheitert es am Widerstand des Reichstags, so trägt dieser die Verantwortung allein. Neuerdings verlautet, daß scharfere Bestimmungen durch das neue Strafgesetzbuch eingeführt werden sollen. Solange solange aber nicht maximal Der Terrorismus der Sozialdemokratie hat sich zu einer eminenten Gefahr entwickelt — einer Gefahr nicht nur für die sozialdemokratischen Arbeiter, nicht nur für die öffentliche Ordnung, sondern geradezu für die Staatsautorität. Diese Autorität muß völlig in die Brüche gehen, wenn der arbeitswilliger Arbeiter merkt und empfindet, daß der staatliche Schutz verfehlt.“

Die Schmach der brotverderben agrarischen Schamfächer nach einem Zuchthausgesetz oder besser gesagt: nach einem Ausnahmefall ist begrifflich. Die agrarische Mandatpolitik kann nur dann ungehört fortgesetzt werden, wenn die Arbeiterklasse geteilt am Boden liegt. Den angeblich drohenden Gehirns der Arbeitererschaft schiebt man vor, streit Bahn über die das eigene Mandatpolitik meint man.

Wang so leicht, wie sich die oben Verfassungen die Sache verhalten, wird sich das geplante Zuchthausgesetz denn doch nicht guttun bringen lassen. Die organisierte Arbeitererschaft läßt sich nicht mehr überumpeln; sie wird auf der Hut sein und weitere Anschläge auf ihre bürgerlichen Rechte mit Ärgern und Bähnen abzuwehren wissen!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 26. April 1911.

Wahnsinnige Kriegsgeheimnisse der Prozenzpatristen.

Die auf dem alldeutschen Verbandstag ausgedachte Bernhardtheit, Maroff zwischen Deutschland und Frankreich aufzurufen, wird von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, dem Organ der rheinischen Großindustrie und der Annonas und Panzerplattenfabriker nicht übertrumpft. Ein Artikel mit der Ueberschrift: „Laten! (Nr. 453 vom 24. April) schließt mit diesem verbrocheneren Provolutionsversuch:

„Für die deutsche Regierung ist jetzt die Zeit des Handelns. Und sie wird handeln. Diese Ueberzeugung lassen wir uns vorerst nicht nehmen, denn der Vorwurf der Schwäche und Feigheit wäre im anderen Falle sehr berechtigt. ... Das deutsche Volk besitzt eine schwächliche und selbe auswärtige Politik nicht. Das deutsche Volk verlangt, daß man es nicht bestimme scheidet, daß man nicht über seine berechtigten Forderungen nachtraglos hinweggegangen übergeht. Das Volk verlangt von der deutschen Regierung ein energisches Vorgehen gegen die unbedingten Nachgebisse der Franzosen in Maroff. Die Regierung würde in jedem Falle das ganze deutsche Volk hinter sich haben. Und wenn dieses 65 Millionen Volk mit seinen fünf Millionen Sajanetten, wenn dieses gesamte Volk etwas will, dann, das mag sich Frankreich gesagt sein lassen, ist es gefährlich, es herauszufordern. Die maroffianischen Mannschaften, die wir nur aus französischen Quellen kennen, sind nachweislich zum größten Teile fertig überbrungen, nur um das französische Volk, dessen wissenschaftlichen vorwärtsfortschritt zu schätzen zu lassen. Durch den Maroff der Franzosen auf des die Alle von Maroff zu zerfallen, die Achten des Vertrages liegen am Boden, zerstampft von den Röhren der französischen Truppen. Aber auch für uns besteht durch den Maroffvertrag nicht mehr. Wir sind dann für unsere Haltung den gesamten vertragsschließenden Mächten nicht mehr verantwortlich, nur noch mit Frankreich haben wir es häufig zu tun. Will Herr Delaune sein freventliches Spiel fortsetzen, will er die begründeten Forderungen des deutschen Volkes missachten, dann wird die Geschichte ihn für die Folgen verantwortlich machen. Es gilt, ein Wort des deutschen Kaisers zu bedenken. Es gilt die Ehre des deutschen Volkes, die Ehre des deutschen Volkes, es gilt die Zukunft des deutschen Volkes, es gilt die Rechte des deutschen Volkes zu erweisen zu wissen. Die Franzosen mögen die Verträge respektieren. Können oder wollen sie das nicht, dann verlangen wir eine Aufteilung Maroffs zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Und wiederholt hat Frankreich dem erstlich, dann ja, dann trägt es die Verantwortung — für den Krieg.“

Man könnte diese freche und unwahrscheinliche Provolation als die Ausgeburt eines krankhaften Hirns hinnehmen und darüber lachen, wüßte man nicht, daß es die Panzerplattenpatristen mit

ihren Ansehen nicht ernst meinen. Nicht doch das Gefühl der Herren zu teilen, wenn sich die Wölfe gegenseitig die Nahrung abhandeln und einander gefressen. Fürchte man die Arbeiterklasse nicht, die Kriegsgewinnler deren um die Rheinisch-Westfälische Zeitung hätten vielleicht schon Erfolg gehabt. Der fürchte und einseitige Diktator des Friedens ist nicht eben nur die Arbeiterklasse.

Ein Zentrumblatt gegen Zentrumslügen.

Einige der zahlreichen Zentrumblätter, die die Radikalität der sozialdemokratischen Presse von der Gemeindefähigkeit der Reichstagsabgeordneten, insbesondere von der Veräußerung der Stimmen und Wähler durch die Getreidebesitzer mit wüsten Beschimpfungen der Sozialdemokratie benutzten, werden wiederholt von uns über verbotene Eigenmächtigkeit zur Scham geschickelt, wenn sie das Urteil der Reichstagsabgeordneten über das System der Einfuhrzölle oder Ausfuhrprämien zur Kenntnis nehmen, das das leitende Zentrumblatt in Nr. 396 vom Mai 1909 gefällt hat. Die Reichstagsabgeordneten stimmten zunächst an einen daselbst Thema behandelnden Artikel in Nr. 679 vom Jahre 1908 und kam also dann zu folgendem Ergebnis:

Wir besitzen nicht zu allen Jahreszeiten im eigenen Lande genügend Getreide, um die Bedürfnisse zu decken, und nicht im Falle eines Krieges unermesslichen Vorräten, wenn nicht nur einer Hungerzeit, angelegt zu sein. Wir haben in jenem Artikel auch darauf aufmerksam gemacht, daß wir damals in einer Zeit weiterer Vertiefung von Getreide und Wehl lebten, daß infolge der Einfuhrzölle und billiger Ausfuhrzölle die Einfuhr des Getreides vom Herbst bis zum Frühjahr seinen Beginn das Ausland nimmt, und dem Beginn des Frühjahrs an unsere Getreideverträge zu gering sind, daß man kaum noch von solchen sprechen kann. Seitdem ist nicht, was das mittlere, sondern um den höheren durchschnittlichen Verbrauch zu begreifen, welche ein immer größerer sich zeigt. Die Einfuhr von Getreide und Wehl erfordert bedeutungsvolle Mengen. Innerhalb jenes Monats, vom 1. August 1908 an, sind fast 10 1/2 Millionen Doppelzentner Getreide und Wehl aus Deutschland ins Ausland gegangen, während unter Wahrung noch immer nicht genug Getreide für den eigenen Bedarf hervorbringt. Daß diese Ausfuhr der Reichstagsabgeordnete große Aufmerksamkeit zuerzucht, ist an dieser Stelle schon des öfteren, zuletzt in Nr. 314 dargelegt worden; noch viel wichtiger als diese Ausfälle mögen aber die wirtschaftlichen Auswirkungen jener Ausfuhr, welche die Verbraucher an ihrem Geldbeutel spüren und die schwere Gefahr für unsere Sicherheit, welche sie in sich birgt. Es ist die allerböseste Zeit, daß man dieser Angelegenheit die Aufmerksamkeit zuwenden, welche sie verdient. Wir erachten es daher als Pflicht der Presse die erzielten Ergebnisse vorzubringen.

Dieser Artikel der Reichstagsabgeordneten richtet sich mit großer Schärfe auch gegen die Differenzstraktion des Reichstags, die am 14. Tage nach der Veröffentlichung des mittleren Artikels den für sich schon erwähnten Antrag niederlegte, die Einfuhrzölle lediglich zur Zollzahlung bei der Wiederernte derselben Getreide gelten zu lassen, die ausgeführt worden ist, und ihre Geltungsdauer auf drei Monate zu beschränken. Mit der Annahme dieses Antrages wären also nicht die Einfuhrzölle selbst, sondern nur ihre gefälligen Abnahmen und Ausfuhrzölle befreit worden. Das Zentrum hat also bereits für die Aufrechterhaltung der Getreidebesitzer gearbeitet, durch die den Agrarier auf Kosten der Stimmen und Wähler allein für Roggen im Jahre 1908 über 12 1/2 Millionen, im Jahre 1909 über 19 Millionen und in der Zeit vom 1. August 1910 bis zum 31. März 1911 sogar schon 19 1/2 Millionen Mark ausbezahlt wurden.

Gequertetes Vogelfutter.

Eine geradezu „geniale“ Gründung plant der Bremer Krieges- und Landwehrverband, dem 17 Vereine angeschlossen sind. Um die Reservisten für die Kriegesereignisse zu empfangen, soll eine „Zentralnationale Mäde für angelegentlich arbeitende Kameraden“ eingerichtet werden. Die Mäde, die natürlich kein Gefühl für die Tatsache haben, daß schon in der letzten Welterteilung der „Zentralnationale“ Mäde eine Aufnahme von hunderttausend Frauen, welche durch einen Anlauf, in dem es heißt, die „Kriegesereignisse“ und auch die Gewinnung von deutschnationalen Induzier- und Lohnarbeiten für die Kriegesereignisse verbunden in Form besondere Schwierigkeiten.

Die Kameraden des Arbeiterverbandes, namentlich, wenn sie frisch vom Militär kommen, werden durch ihre Arbeitskollegen überredet und gezwungen, sich der sozial-

demokratischen Partei anzuschließen oder den freien Gewerkschaften beizutreten. Geht dies, so dürfen wir sie gemäß unseren Lehren nicht in unsere Kriegesereignisse aufnehmen. Diese gebieten heute sind für unsere deutschnationale Sache verloren ...

Um den nationalgeheimten Kameraden des Arbeiterverbandes im Falle eines Streiks, der durch Verstoß der sozialdemokratischen Partei oder der freien Gewerkschaften entsteht, eine Ausschaltung zu sichern, ist die Gründung einer Mäde notwendig geworden. Der Arbeiterverband hat sich bereits einseitig für die angelegentlich arbeitenden unserer Kriegesereignisse mehr leisten, andererseits von den Kameraden des Arbeiterverbandes geringere Abgaben verlangen. Die Mäde soll den Mitgliedern im Falle einer Auslieferung durch die sozialdemokratische Partei oder die freien Gewerkschaften sowie im Falle einer Auslieferung irgendwelcher Art von Seiten der Arbeiterbewegung wöchentlich eine Mark mehr auszahlen, als die sozialdemokratische Arbeiterkollegen aus den Streiklisten erhalten. Die Auszahlung erfolgt so lange, wie die sozialdemokratische Organisation ihren Mitgliedern Streikgeld zahlt. Voraussetzung ist, daß der betreffende Kamerad arbeitswillig ist, aber arbeitslos infolge der Auslieferung.

Während der sozialdemokratischen Organisation und bei den freien Gewerkschaften bei einem Streik einer Gruppe sämtliche Mitglieder dieser Gruppe betroffen werden, wird in unseren Kriegesereignissen, die sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzen, nur ein geringer Prozentsatz der Mitglieder betroffen, und zwar nur die Kameraden des Arbeiterverbandes. Daher wird es uns möglich sein, bei einer so geringen Leistung von 1 Mk. pro Jahr und pro Mitglied eines Vereins große Summen jährlich zu sammeln für unsere angelegentlich arbeitenden Kameraden. Zur Aufbringung des erforderlichen Beitrages von 1 Mk. pro Jahr und pro Mitglied eines Vereins ist es nicht notwendig, daß die Beiträge von den einzelnen Kameraden, oder der Gesamtheit aus der Vereinsliste bezahlt wird. Es ist Sache der Vereinsvorstände, auch der Gönner des Kriegesereignisses die erforderlichen Gelder für unseren Zweck jährlich zu sammeln.

Es wird schließlich auf eine großzügige Unterstützung seitens der Staatsregierung sowie der patriotisch gesinnten Bürgerchaft, namentlich der Fabrikanten und sonstigen Arbeitgeber“ geredet.

Auch solche vergewaltigten Mittel werden denkende Arbeiter nicht verüben können, sich dazu mitzubringen zu lassen, bei „patriotischen“ Gelegenheiten als burzabulende Statisten zu dienen. Nur ganz nebenbei sei noch bemerkt, daß die überflüssige Spekulation auf die Opferlosigkeit der patriotisch gesinnten Bürgerchaft, namentlich der Fabrikanten und sonstigen Arbeitgeber“ grüßlich vorbeizugehen wird.

Südwestafrikanisches Jhnl.

In einem Artikel über Südwestafrica gibt die Kolonialfreie Nationalzeitung (Nr. 26 vom 5. April) dieses reizende Stimmungsbild aus dem südwestafrikanischen Deutschland:

Der Umstand, daß immer neue Beamte, die die Verhältnisse kennen, in die Kolonien entsandt, trägt sehr dazu bei, den Beamten mit der Erfahrung wenig zu machen. Man weiß, daß die Auslese dieser Kolonialisten nicht immer die beste sein kann, und daß insbesondere die sogenannten Außenbeamten, die keinen Kamerad, die schwer zu ringen haben, nicht leicht zu behandeln sind. Es wäre ja überhaupt wünschenswert, wenn die Kleinformer bis auf weiteres dort die Hand aus dem Spiele ließen, und die Tatsache beachten, daß in Südweste, wo erst allmählich normale Existenzbedingungen herbeizuführen sein werden, nur der Kamerad, der auch über ausreichende Geldmittel verfügt, vorwärts kommen kann. ... Jetzt haben wir mit einer großen Zahl von Inaktiven zu rechnen, und gerade hier sind bejahrte und erfahrene ältere Beamte notwendig. Man erklärt, wenn man die Menge arbeitsfähiger Leute sieht, die gegen Kamerad wegen Inaktivität, Beamtenverleumdung und Verleumdung ergeben zu mühen. Dabei spielt natürlich auch die Nervosität eine große Rolle, die sich des Weizens, wenn er längere Zeit in den Tropen gewohnt hat, bemächtigt.

Man sieht: Freuen in Südwestafrica! Und um solche idyllische Zustände zu schaffen, ein Dutzend von Beamten zu erhalten, muß das deutsche Volk, müssen die Steuerzahler jährlich Millionen opfern!

Deutsches Reich.

Die Privatangelegenheiten-Versicherung. Der Entwurf des Reichstages für ein Gesetz über die Privatangelegenheiten ist im Bundesrat umgearbeitet worden und dürfte nun dem Reichstage nach Beendigung der Chierferien zugehen. Die erste Sitzung soll zwischen der Beratung der Reichsversicherung erfolgen, der Gesetzentwurf wird dann einer Kommission übergeben und soll in der Berberatung fertiggestellt werden. Außerdem geht dem Reichstag auch noch der schwedische Handelsvertrag zu, der auch nicht auf eine glatte Erledigung rechnen kann, weil das Verlangen nach einem Zoll auf schwedische Fälscherleiste zu gewissen Auseinandersetzungen führen dürfte.

Staatsanwaltschaft und Oberbürgermeister. Der Oberbürgermeister Schneider von Eisenach hat sich früher gegen die sogenannte „Staatsanwaltschaft“ vergangen. Die weimarische Regierung hat, wie die Magdeburger Zeitung meldet, gegen Schneider deshalb ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Was der Oberbürgermeister verdracht? Er hat die Gründung des Vereins in die Wege geleitet, der die von der weimarischen Staatsregierung verbotene Aufführung der Weimarschen Festspiele durchziehen will. Die Staatsregierung erblickt darin „Abweichlichkeit“ gegen die „Staatsanwaltschaft“.

Heilig, dreimal heilig ist die Staatsanwaltschaft. Wer sie verletzt wird prozessiert und strafbar! — und es selbst ein selbstthätiger Oberbürgermeister. Die Freiheit der Kunst hat auch im Lande — Goethes keine Stätte!

Der Segen des Brautwunders. Das der Stadt Aostod in Westfalen gehörige Gut Wiltershausen brachte bisher jährlich 7000 Mk. Pacht. Jetzt ist die Pachtperiode abgelaufen. Bei der nunmehrigen Wiederparzung blieben der Pächter im Ganzen 3000. Sie boten 13 000, 13 100 und 13 200 Mk. jährlich. Daran kann man erkennen, was der Brautwunder den Wälfen von Ar und Palm für Vorteile gebracht hat!

Preussische Sparamkeit. Die falsche Sparamkeit der preussischen Eisenbahnverwaltung wurde von der Kammer Strafkammer in einer Verhandlung gegen einen Bahndienstleiter und einen Notenanwärter bestraft. In der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober v. J. war auf der sächsischen Kammer Umgehungsbahn ein Güterzug auf einen anderen aufgefahen; zwei Jugendliche wurden verletzt; der Materialschaden betrug 3800 Mark. Der Oberbahndienstleiter A. Schiffsas bestrafte als Sachverständiger, daß die Einrichtungen an der Unfallstelle damals nur provisorisch gewesen seien; das Provisorium habe fast ein Jahr gedauert. Die nicht ordnungsmäßig Angestellten hatten auf 1000 Meter 17 Gleise mit den dazu gehörigen Weichen zu überfahren der Bahndienstleiter müßte außerdem vier Werkzeuge, fünf Telefone und einen Lokomotivwagen bedienen. Eine solche Arbeitsumgebung sei entweder auf ungenügender Antriebskraft durch den Dezenten oder auf Sparamkeit zurückzuführen; mindestens hätte noch ein Telegraphist dem Beamten zur Seite stehen müssen. — Der Bahndienstleiter wurde freigesprochen; der andere Angeklagte wurde zu fünf Mark Geldstrafe verurteilt. Tatsächlich verurteilt durch diese Verurteilung ist aber das bei der preussischen Eisenbahnverwaltung übliche System der „Sparamkeit“.

Wenn Polizisten tödlich. ... Auf dem Tempelhofer Felde bei Berlin befindet sich ein Schießplatz, wo die Schützen auf eventuelle Strafenkämpfe einbezogen werden. Am Dienstag mit einer Abteilung Gendarmen an diesem Schießplatz vorbei, als ein Interzoffizier plötzlich spürte, daß sich eine Kugel in den Rücken gedungen sei, die nach Lage der Sache nur von einem der stehenden Schützen herkommen konnte. Der Interzoffizier wurde erschossen; nach dem Garmontillat gebracht. Die Polizei hat mit großer Eifer sofort eine Untersuchung eingeleitet, die selbstverständlich resultatlos verlaufen wird.

Frankreich.

Regierung und Eisenbahnkapitalisten.

Die Präsidenten und Direktoren der Eisenbahngesellschaften haben eine gemeinsame Versammlung abgehalten, um über die Forderungen der Regierung wegen der Wiederanstellung der Eisenbahner zu beraten. Ein Eisenbahndirektor erklärte einem Vertreter der Regierung, daß ein endgültiger Beschluß erst nach Verhandlung der Generalversammlungen der Aktionäre gefaßt werden sollte. Der Ministerpräsident, der die Eisenbahner hätten den Wunsch ausgedrückt, demnach die Regierung der Eisenbahngesellschaften zu empfangen. Diese würden den Ministern alle erforderlichen Aufforderungen über ihre Forderung geben und darlegen, daß sie im Interesse der Sicherheit des Publikums (!)

Kleines Feuilleton.

Suden.

In einem diegelesenen Berliner bürgerlichen Blatt finden wir folgende hübsche Satire auf die famose Verordnungsliste der preussischen Polizei:

Als Student hat man gelernt, Polizeibürokratie sei eine entehrende Strafe, die über gemeindefähliche und zu Justizhaus verurteilte Verbrecher verhängt wird, damit die Allgemeinheit auch nach Verübung der Straftat noch eine Weile vor ihnen geschützt ist. Wenn man älter wird, merkt man wie man ein Kind ist, daß man etwas schäffes gelernt hat. Polizeibürokratie ist nämlich der normale Zustand, in dem sich jeder unbedingten Rechte von der Wiege bis zum Grab befindet. Und sie dient nicht nur dazu, die Allgemeinheit vor dem einzelnen zu schützen, sondern auch diesen selbst vor seinen eigenen verderblichen Tüften und Tüben.

zu kommt zum Beispiel am Oberamtstand auf den Einfall, in die Adressen zu gehen und sich an den besseren Darbietungen, die der Zettel anzuhandig zu ergöben. In Nebenamt hat aber Zettel nicht auf der vom Scheinwerfer der Lichter Scheinwand beschützt, daß die Abwehr des Abwärts keine nicht geriet werden dürfen, weil die Polizei so mächtig hat. Zu stand, in solchen Augenblicken wird der erst in recht hat, was der preussische Staatsbürger seiner vorgetragenen Maßnahme befohle alles zu vermeiden. Sie macht nicht nur über dema Murder sein, auch über seine Seele. Sie weiß, was sie kann. Sie gerichtet über seinen Kopf. Sie kontrolliert sein Denken und Weisen. Sie kontrolliert und wieder quom du zu dir nehmen darfst, ohne an deiner Seele Schaden zu leiden. Und wenn du nicht lo gefannt auf die Bühne gehst, hältst, lo wieder du gemerkt haben, daß hinter deinem Schein ein Schamman stand, jeden Augenblick bereit, dich im „Adressen“ abzufragen.

Erst am Oberamtstand darfst du wieder laden, o Mensch. Zu kommt du auf den teuflischen Gedanken, zwischen zwölf und zwei in die Knechtzeit zu gehen und dir ein Stück Studien zur Feier des Tages mit nach Hause zu nehmen. Nun das war offenbar weder einmal eine, noch eine, noch eine, noch eine, noch eine. Und weiß Gott, was geschehen wäre, wenn du den

Studen vom Adressat nehmen und einfach hältst in die Adressen, die du an gewöhnlich hältst, und die Verlangen der Adressen. Die Strafen, die in dieser und jener Welt dich und den ruhmlosen Knabtrier erparten, wären gar nicht auszubedenken gewesen. So aber, und weil deine Seele sich in der Obhut der Weibde befindet, erklärte dir das Adressatlein, sie dir die feinen Sachen verkaufen. Zugleich aber wies sie dir den Weg, wie du zu deinem Stück Studien kommen konntest ohne das beiderseitige Gewissen mit einer Sünde zu belasten; du müßtest an einem Tische Platz nehmen und den Studien, den dir das Adressatlein nicht verkaufen durfte, beim Knechtlein bestellen. So war allen Teilen Genüge geschehen. Der Knechtlein bekam sein Stück, die Polizei bekam ihren Lohn, und du bekamst deinen Studien, und außerdem bekamst du auf diese Weise das Quantum Dumm, das dir am Sonnabend von Amts wegen entzogen wurde, am Dienstagtag gratis und franco nachgeliefert.

Krankeleiere.

Es gibt kaum eine Zeit, in der der Sonnabend, wie den Menschen so empfindlich auf eine Zeitlinie findet, wie die Wochen der Gesandlung nach einer schweren Krankheit. Auch während der letzten Krankheitsstadien, die bei dem heutigen Verstandesstand selbst die Wunderrichtungen in Scharen in die Krankenbetten führen, und die Leute zeigen, die Interesse von den mitgetragenen den Verfassungen haben Zinsen zu zahlen. Sind nun unsere Krankenbauer gerettet, dieses Verlangen nach „Therapie“ zu befriedigen? Die Antwort muß betrieblen. Die Wunderricht, die den Patienten zur Verfügung steht, ist in den meisten Fällen durchaus mildernd. Von einer bewährten Ausgabe her, oder auch guter Natur ist keine Rede. Weist nicht man eine sehr geringe Anzahl von mittelwichtigen Romanen, die von irgendeinem Genner, der seinen Wunderschmerz vom Schund fauberte, gefestigt wurden. Daneben eine Reihe von alten Journalen, Wunderricht, Wunderricht, Wunderricht, Wunderricht, die die Worte nicht zu dem herunternlassen lassen wollen. Nicht minder frohlos steht es in den Wartezimmern der Ärzte (und Rechtsanwältin) aus. Auch hier werden dem Patienten, der bei dem langen, oft unruhlichen Warten geradezu zum Vesen gelangt ist, alte Wunderrichtlein, illustrierte „Broderrichtlein“, geschickt in die Hände gegeben. Wunderrichtlein, Wunderrichtlein, „Unterhaltungsbibliothek“ oder gar „Reklameweisung“

mußt. Und doch ist eine kleine gebiegene Wunderricht, etwa aus die höchsten Schattungen zusammengeklebt, um wenig Geld zu beschaffen. Die Wunderrichtlein, die in der Hand des Herrn Diktors noch tragen. Falls er nicht den Einfluss des feindlichen Guthebens seiner Patienten auf ihren fürpörlischen sehr unterrichtet, wird er sogar diese Ausgabe nicht als „unmug“ im engeren Verstande ansehen dürfen. Die Auswahl wird nicht allzu große Schwierigkeiten bereiten: Ein gebauer Dumm wird den Vorzug verdienen, noch nicht allein herrlichen dürfen.

Ein unabwehrlicher Ausbruch der Sonne.

Die Sonne ist bereits in einer Zeitlinie, die wenn man sie sich auf die Erde in einer Zeitlinie, die wenn man sie Lebensform durchaus unmöglich machen würde. Dennoch ist sie starken Wecheln unterworfen, und ein zu ungewisser Versuch, die Erde zu erhitzen, wird in der Sternmarie von Adonias in Südweste beobachtet und ist im Astrophysikalischen Journal besprochen worden. In der Nacht vom 27. auf den 28. September, so wohl die Höhe wie die Dauer dieses Ausbruchs, der in der bekannten Form einer Protuberanz am Sonnennande sichtbar war, erwies sich als durchaus ungewöhnlich. Als sie zum erstenmal photographiert wurde, hatte sie eine Höhe von fast 1000 Kilometern und bedeckte rund 16 Breitengrade des Sonnennandes. Weiterhin wurde die Breite bis auf 30 Grad, die Höhe bis auf 80 Kilometer. Ihre Sichtbarkeit dauerte in mehr oder weniger deutlicher Form 24 Tage, da sie auf der Sonnennande selbst, also außerhalb des Randes, wahrzunehmen war. Versuche wurden, die an den Photographen vorgenommen wurden, zeigen, daß diese dunklen Wolken von Kalium- und Natriumverbindungen, die in der Höhe des Sonnennandes durch einen elektrischen, einen Schwingungsbogen, die um 5 bis 10 Prozent größer war als die der allgemeinen Oberfläche der Photosphäre. Außerdem war zu erkennen, daß die Gaswolken aus zwei verschiedenen Teilen der Sonne kammen und sich erst in größerer Höhe miteinander vermischt. Aus dem Ausbruch der Sonne wurden Protuberanz war sogar zu schiffen, daß eine noch größere Zahl von Sternen die glühenden Gase ausstrahlen. Am letzten Tage der Sichtbarkeit erreichte der Ausbruch eine Höhe von nicht allzu 100 Kilometern und war doch am folgenden Tage vollkommen verschwunden.

nicht so genau die entlassenen Schienenselbstverfahrer können, wie es die Regierung wünscht.
Mit anderen Worten: Die feineren Eisenbahnmagnaten pflegen auf die Wünsche und Forderungen der Regierung.

Eine Abgabe an die Regierung.

Paris, 28. April. In der gestrigen Generalversammlung der Aktionäre der Eisenbahngesellschaft gelangte mit Stimmmehrheit eine Tagesordnung zur Annahme, in welcher dem Verwaltungsrat die Genehmigung der Versammlung wegen seines Verhaltens gegen die feineren entlassenen Angestellten ausgesprochen wird. Die Versammlung fordert den Verwaltungsrat auf, die Ordnung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten und billigt die Erklärung des Vorsitzenden, seinen der Gemäßigten wieder einzustellen. — Es ist also zwischen Staat und Eisenbahngesellschaft ein offener Kampf ausgebrochen.

Rußland.

Politische Massenverhaftungen.

Die politischen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, die in Rußland zu den Tagesereignissen gezählt werden, haben in den letzten Wochen einen wahrhaft epidemischen Charakter angenommen und weisen auf eine bestimmte Kampagne hin, die die Regierung — wohl infolge der Nähe des 1. Mai — unternimmt. Am 18. d. M. wurde offiziell gemeldet, daß in Wien eine Konferenz der russischen Sozialdemokraten verhaftet worden sei. In Verbindung damit seien zahlreiche Verhaftungen, die seitdem auf Grund der Angaben der Schutzabteilung, vorgenommen wurden. Große Verhaftungen fanden statt in Petersburg, wo angeblich das Koalitionskomitee der Studierenden, auswärtig gemeldet und verhaftet wurde. In Zulu wurden in der vorigen Woche 30 Personen verhaftet, darunter die Schreiber des bekannten Schriftstellers Werschinin, der sehr populäre Wergin Sandomow, der Schriftsteller Wjatschin, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes Grogow u. a. Die Ursache dieser Verhaftungen ist in völliger Dunkelheit gehüllt, da bei den Hausdurchsuchungen absolut nichts Kompromittierendes gefunden wurde. Neuerdings wird von großen Verhaftungen in Rußland berichtet, namentlich in den Kreisen der jüdischen Intelligenz; in Witebsk wurde dieser Tage sogar die jüdische Synagoge umzingelt und aus den Kreisen der Belandenden 40 Personen arrestit, die nicht genügend Ausweispapiere bei sich hatten. Die Polizei dachte, daß sie hier auf eine politische Geheimversammlung gestoßen wäre.

Dem Koppenhagener Sozialdemokraten wird aus Moskau der folgende sensationelle Vorfall gemeldet, über den die „Legale“ Presse kein Sterbenswortchen zu bringen magt: Der Moskauer Stadthauptmann erließ die Verfügung, daß in jedem Polizeigebäude zwei besonders „erprobte“ Schutzeleute damit betraut würden, ihre Wachen zu überwachen und darüber regelmäßig Rapport zu erstatten. Diese Verfügung rief bei den Schutzeleuten viel böses Blut hervor. In einigen Revieren weigerten sie sich sogar, den Befehl des Stadthauptmanns zu befolgen. „Wir sind keine Spione!“ erklärten sie. — Die Folge dieser Vorgänge war, daß an 20 Schutzeleute verhaftet und in die Polizeigefängnisse geschickt wurden. Sie sind dort als politische Gefangene interniert und werden von den übrigen Gefangenen strengstens isoliert.

Oesterreich-Ungarn.

Judenfeindliche Erzele.

haben in der von Ruthenen besetzten galizischen Ortlichkeit Karow stattgefunden. Die jüdischen Häuser wurden von den ruthenischen Bauern überfallen, die jüdischen Bewohner mißhandelt. Hier Juden sind schwer verletzt. Da die Gendarmenabteilung nicht imstande war, die Ordnung wiederherzustellen, wurde aus Nova Rusla eine Kompanie Infanterie requiriert. Zahlreiche ruthenische Bauern wurden verhaftet. Die Angaben über die Verbrechen der Aufseher lauten verabscheulich.

Türkei.

Der Zwist in der jungtürkischen Partei.

Konstantinopel, 28. April. Die Wahl des neuen Bureau der jungtürkischen Kammerparlei ist verwickelt worden. Die Anhänger Salas und Dikawids scheinen sich zu bemühen, die Wiederwahl Talats durchzuführen. Dagegen erklären die Führer der Dikawiden, daß sie mehr denn je entschlossen seien, den Kampf zur Wahrung der Oligarchie, welche bisher in der Partei herrschte, weiterzuführen. Es befürchtet sich, daß die Bewegung durch einen Scheinbund geleitet wird, dessen Anhänger in Folge des Oberien Zwist vereintigt worden sind. Das Kriegsgericht hat heute abend an die Zeitungen

die Aufforderung erlassen, aufhørende Subskriptionen zu unterlassen, da durch die letzte Zeitungspolemik die Gemüter in Konstantinopel erregt worden seien. Gerüchthweise verlautet, daß der frühere Großwesir Niamit Pascha, der sich in Smyrna aufhält, hierher berufen worden sei. Man spricht auch von der Berufung des Prinzen Salab Eddin. — Sicheren Vernehmen nach wurde Oberst Zabit, in dessen Sinne die Wünsche des Scheinbundes lauten, von den Jungtürken aufgefodert, Konstantinopel zu verlassen und in seine Garnison Monastir zurückzufahren. Der Oberst soll diesem Befehl bisher nicht Folge geleistet haben.

Marokko.

Die Vorgänge in Marokko

werden in Wien e diplomatischen Kreisen mit Aufmerksamkeit und nicht ohne Beforgnis verfolgt. Zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich besteht, wie die Zeit. Nachrichten weiß, völlige Einigkeit in Bezug auf ein etwaiges Vorgehen; aber noch in Berlin eigentlich momentan bedächtig wird, sei noch unbekannt.

Das Frankreich plant

Paris, 28. April. Von der Regierung erhielt General Roitier den Befehl, an die Stämme eine Proklamations zu erlassen, in welcher diesen der Reich der scheidenden und französischen Truppen nach Belgien angehängt wird. Dieser Proklamations soll hinzugefügt werden, daß Frankreich keineswegs die Absicht habe, marokkanisches Gebiet zu besetzen, die Expedition erfolge nur, um den fremden Kolonien Hilfe zu bringen und die Ordnung und die Autorität des Sultans wiederherzustellen. (?) Frankreich werde in Zukunft alle weiteren Gewaltthaten einzelner Verbände verhindern. Falls die Stämme nicht genügt sind, binnen kurzem Frieden zu schließen, so werden die französischen Truppen genötigt sein, die Küste im Lande wiederzugewinnen und die Absicht der Menschen streng zu bestrafen.

Das Kabinet des Sultans hat Voten zu allen Stämmen entsandt, um sie unter Androhung von strenger Züchtigung zur Beendigung des Auftrubs aufzufordern.

China.

Chinesisch-japanische Interessengegenstände.

Die Ernennung des Japan feindlich gelaunten Chan Erhsü zum Generalgouverneur der Mandchurie ruft in Tokio Verwirrung hervor. Die Presse erwidert in der Ernennung einen unfeindlichen Schritt der chinesischen Regierung gegen Japan und befürchtet angeht der Japan feindlichen Stimmung in der Mandchurie. Aus Peking wird der Petersburger Telegraphen-Agentur gemeldet: Das Komitee der Vereinbarungen befriedigter Verbände der Provinz Kirin hat beschlossen, die Regierung auf die Notwendigkeit hinzuweisen, energische Maßnahmen zur Befriedigung des wachsenden Einflusses Russlands und Japans in der Mandchurie zu ergreifen, damit einem Abfall der Mandchurie von China vorgebeugt werde.

London, 28. April. Wie aus Peking gemeldet wird, setzt die japanische Presse ihre Opposition gegen das chinesische Mandat fort, indem sie erklärt, daß die verschiedenen Finanzgruppen in Peking Vorteile für sich in der Mandchurie beschaffen würden die gegen das Prinzip der offenen Tür seien. Treppeisen aus Tokio belegen, daß das japanische Konsulat samt energische Maßnahmen zum Schutze der japanischen Interessen in der Mandchurie zu treffen beabsichtige.

Gewerkschaftliches.

Koalitionsverbot für jüdische Arbeiter in Kolberg!

Das ist der Weisheit letzter Schluss, den die jüdische Verwaltung Kolbergs aus dem Kampfe mit ihren Arbeitern gezogen hat. Im Februar dieses Jahres hatte sie bei Verhandlungen und Beendigung des Streiks der Arbeitern einen Zusammentritt unter Beteiligung der Organisation der Arbeiter, 3 St. Kolonialwaren pro Stunde, Zusammenkunft von drei Tagen, bessere Bezahlung von Heberarbeit und Hebung der Arbeitszeit auf 10 Stunden wochenlang. Als die Verwaltung dieses Beschlusses aber nicht einließ, griffen die Arbeiter an 23. März erneut zum Streik. War die Ausstandsbewegung für die Betriebe der Gesamtheit, Veranlassen und des Ansehens ein einheitlich und einmütig, so fanden sich doch schon nach einigen Tagen aus den Reihen der Streikenden selbst Arbeitswillige, wodurch vorerit die Wiedereinnahme der Arbeit in der Fabrikverwaltung und später auch vom Gaswerk bedingt war, die die Gaswerkfabrikation eine Streikbrecherkolonne aus Eilen erhalten hatte. Der zweite Ausstand endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Damit

allein ließ es die Stadtbewohner nicht genug sein; sie verlangte vielmehr von den Arbeitern, daß sie vor Wiedereintritt in die Arbeit einen Aukers unterschreiben lassen, in dem sie erklärten, aus dem Verbande auszutreten. Das von der Verwaltung an die Arbeiter gestellte Ansuchen verurteilt ohne Zweifel gegen die guten Willen und das nicht eingeleitete Versprechen gegen Treu und Glauben. Die Organisation verurteilt denn die Stadtbewohner nicht, sie wird vielmehr ernten, was sie sät.

Die Aushebung auf der Schindnerwerk in Langbi.

Der Streik der Arbeiter in Langbi ist am 22. April, etwa 1/2 Stunde vor Schluß der Arbeitszeit, endlich die Firma folgende Bekanntmachung an die Arbeitererschaft:

„Weil die regelmäßige Arbeit durch allerschand Mordungen der Streikende während der letzten Tage gehindert worden ist, werden alle diejenigen Arbeiter entlassen, die sich genötigt sehen, die Anstellungen der Streikende zu belegen. Diejenigen Arbeiter, die durch die Vorschriften der Streikende nicht behindert sind, können am Montag früh 6 Uhr die Arbeit fortsetzen, nachdem sie im Arbeiterversteck dem Untersuchenden gegenüber die Erklärung abgegeben haben, ohne Rücksicht auf die Streikende die Arbeit fortsetzen zu wollen. Die entlassenen Arbeiter können am Dienstag, den 25. April, die Bezahlung eheben und am Sonnabend, den 29. April, den ihnen zugehörigen Arbeitsverdienst in Empfang nehmen.“

Dieser Bekanntmachung sieht man es an, daß die Firma Mandatgeber in die Reihen der Arbeiter bringen die „Schere von den Wägen trennen“ wollte. Das hat die Arbeitererschaft verurteilt. Am Sonntag nachmittags fand bereits eine Versammlung der Arbeiter statt, die nach im Streik arbeiteten. Sie hat einstimmig beschlossen, dem Direktor durch eine Kommission von fünf Mann mitzutun, daß die Streikende nur dem Verlangen der im Streik beschäftigten Arbeiter nach gab, wenn sie den Streik in dieser Abteilung erklärte, im übrigen ließen die Arbeiter es ab, Streikarbeit zu verrichten. Dagegen ist die Aushebung verurteilt und der Betrieb geschlossen worden. Weiter erklärte aber der Herr Direktor, daß er jederzeit zu Verhandlungen bereit sei. „Der Montag-Nachmittag wurde dann die „Verhandlungen“, Empfangen hat Herr Direktor den Arbeiterausflug, aber nur um den Leuten zu sagen, daß er wieder die Arbeitsordnung aufheben, nach der geringsten Verbesserung bewilligen kann; in eine Entscheidung der Arbeiter Grundzüge der Forderungen übertrug er sich nicht ein. Die Folge dieser allerschand Haltung ist die Fortsetzung des Kampfes. Beteiligt sind nach der letzten Zählung 789 Streikende und 636 Ausgeherte, insgesamt also 1425 Mann. Von diesen sind nur 154 nicht organisiert. Der Stand der Sache ist nach wie vor durchaus günstig für die Arbeiter.

Verhandlungen über Gewerkschaftskämpfe.

Die jüdischen Arbeiter Dresden befinden sich in einer Vorkampagne. Seit Jahren schon fordern sie die Einführung der täglich neunstündigen Arbeitszeit. Der Rat der Stadt hat es aber immer wieder verweigert, diese Forderung zu berücksichtigen. Eine Verhandlung der Arbeiter beschloß, wenn die Verhandlungen der Arbeitererschaft resultatslos verlaufen, dann der Gemeindeführerverband sofort eine Resolution einzuführen hat, um die zur endlichen Durchsetzung der Forderung nötigen Maßnahmen zu beschließen. Nebenbei haben die Arbeiter in der Zwischenzeit die Zahl der Streikenden etwa 180 im Auslande. Verhandlung dazu gab die Aufhebung eines Arbeiters. Alle Einigungsversuche sind bis jetzt fehlerlos. Mit der Organisationsleitung verhandelt die Firma nicht, mit dem Arbeiterausflug hat sie verhandelt und dabei die Bezahlung gestellt, nicht allein bei der Einstellung der Arbeiter Ansehe zu halten, sondern die Firma wollte auch noch die Wägen fügen. Unter solchen Umständen konnte eine Einigung natürlich nicht zustande kommen.

An den vertriebenen Delegierten in Wagnheim in stellen die Arbeiter Forderungen auf Erhöhung der Wägen und Verhinderung der Streikzeit. Die Firma lehnte diese Verhandlungen und jedes Nachkommen ab. Die Arbeiter haben daraufhin die Kundgebung einmütig. Durch die fernankommen. Der Streik in der Gaswerkfabrikation in Wagnheim in März ist beendet. Die Stundenlöhne wurden um 2-3 Pf. erhöht und ein Tarif abgeschlossen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Hebericht, Partei-nachrichten Paul Senning, für Ausland, Gewerkschaftliches, Revue und Vermischtes Karl Bod. Lokales Wilhelm A. Meenen, Provinziales und Verammlungsberichte Gottl. Haspapel, sämtlich in Halle.

Das Neueste in Waschstoffen.

<p>Mousseline imitiert, grosse Farbauswahl, in apartester neuer Ausmusterung wie: Bordüren, Streifen, Tupfen Meter 56 48 45 35 33 28 25 Pf.</p>	<p>Kleider-Leinen halb- u. reinleinenes Gewebe, stark u. feinsidig, stumpf u. glänzende Appretur, gr. Farb- u. Muster-Auswahl, Streif., Bordüren u. uni., 65-75 cm breit. Meter 125 115 90 85 75 65 Pf.</p>	<p>Salin-Liberty seidenglänzendes, weichefallendes Gewebe, Ersatz für Seidenfoulard, in modernsten Farben und Ausmusterung, 70-75 cm breit. Meter 120 115 95 75 Pf.</p>	<p>Woll-Mousseline aparte Neuheiten, einfarb., m. breit, türk. Bordür., u. Tupfen, f. Kimono-Plusen geeignet, ferner grosse Ausmusterung f. Kleider. 70-80 cm breit. Meter 115 105 98 90 85 Pf.</p>	<p>Wasch-Voile klares, waschrechtes Gewebe, leicht u. angenehm im Tragen, 68-70 cm breit, grosse Farben- u. Muster-Auswahl, einfarb., Bordüren und türkische Muster. Meter 1.25 1 M.</p>
<p>Halbfertige Blusen aus indisch Mull u. Batist, mit reicher Schweizer Sticker elegantester Ausführung Stück 6.90 6.50 5.50 5.00 3.90 3.25 2.50 2.25 1.95 1.75 1.35 1.10 95 88 Pf.</p>	<p>Gelegenheitskauf! Kleider-Zephyr in grossem Farben-Sortiment, entzückende Sirellen für Kleider und Blusen Meter 28 Pf.</p>		<p>Halbfertige Blusen aus Ellenbein-Woll-Mousseline, mit reicher Seiden-Stecker Stück 6.50 5.50 4.50 4.00 2.75 2.50 2 M.</p>	

Geschäftshaus J. LEWIN Halle a. S.

Marktplatz 2 u. 3.

Maifeier 1911.

Montag den 1. Mai

vormittags 10 Uhr im Volkspark, Burgstrasse 27:

Demonstrations-Versammlung.

Tagesordnung: „Die Bedeutung der Maifeier.“

Referent: Reichstagsabgeordneter **Fritz Geyer**-Leipzig.

Die Teilnehmer an der Vormittags-Versammlung treffen sich zwecks Kontrolle in ihren Gewerkschaftslokalen früh 8½ Uhr.

Weitere Versammlungen finden statt:

Halle a. S., „Letzter Dreier“, 8 Uhr abends.

Ammendorf, „Dreierhaus“, Osendorf, 8 Uhr abends.

Dörlau, „Knolls Hütte“, 8 Uhr abends.

Nietleben, „Gasthof zur Sonne“, 8 Uhr abends.

Osmünde, „Restaurant Augustyniak“, 8 Uhr abends.

Wörmlitz-Böllberg, „Gasthof“, 8 Uhr abends.

Referenten sind die Genossen **Bock, Geyer, Ilgner, Könen, Kunert u. Kürbs.**

Nachmittags von 2 Uhr ab in **Halle a. S.**

Großes Instrumental-Konzert

im Garten des Volksparks, und andere Unterhaltung.

½ 8 Uhr: **Grosser Lampion-Umzug.**

½ 8 Uhr: **Grosser Lampion-Umzug.**

Abends von 8 Uhr ab im grossen Saale des Volksparks:

Konzert

unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerchors, der Turner und der Athleten.

Arbeiter und Arbeiterinnen! **Demonstriert in Massen,** würdigt den **Weitfeiertag** möglichst durch **Arbeitsruhe,** zeigt der herrschenden Gesellschaft, dass der 1. Mai für Euch als **Feiertag** gilt, denn nur an der geschlossenen Solidarität werden jene, hinter den Kulissen geschmiedeten heimtückischen Pläne der Regierung, Junker und Pfaffen gegen die Arbeiterbewegung zerschellen.

Hoch der Maientag!

Die Maifeier-Kommission.

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 98

Halle a. S., Donnerstag den 27. April 1911

22. Jahrg.

Aus den Nachbarkreisen.

Zum Kampf im Braunkohlenbergbau.

Nach Weibungen bürgerlicher Blätter haben auf den Werken im Braunkohlenbergbau und Reichelbiter Revier am Montag etwa zwei Drittel der Arbeiter die Kündigung eingereicht, auf einigen Gruben mehr, auf anderen weniger. Die Grubenverwaltungen haben bereits ihre Arbeitseigenen nach dem rücksichtlichen Offen, besonders aber nach dem Ausland entlassen, um Streikbrecher heranzuziehen, die auf den Tagebauten beschäftigt werden sollen. In der Magdeburger Zeitung verbinden die Grubenkapitalisten auf neue, daß die Streikenden sich auf einen langen Kampf werden einrichten müssen. Es steht fest, daß für die Werksbesitzer die Verhältnisse viel günstiger liegen als für die Arbeiter. Das mag stimmen, stehen doch die unerläßlichen Kapitalisten alle Instrumente des Klassenkampfes zur Verfügung, während die Arbeiter doch nur ihre Ware Arbeitskraft in die Waagschale werfen können. Der Kampf ist aber von den organisierten Werken heraufzuheben und die Arbeiter werden ihn auch so führen müssen. Auf den Niederrheinischen Montanwerken haben nach der Saalezeitigung circa 100 Mann auf der Grube Waltersdorf Kündigung eingereicht. Am Montag haben gekündigt auf der Grube Kupferhammer bei Oberbühlungen a. S. 76 Mann, auf der Grube Credner 72 Mann und auf Grube Robert bei Wansleben 152 Mann.

Aus den Berichten der Bergbehörden.

Am kürzlichsten vom allen ist der vom Bergamt Schmölln über das Bergrevier Eisleben erstattete Bericht. Die Gesamtbeschäftigung beim Kupferfischbergerbau betrug 15 128 Mann gegen 15 480 Mann im letzten Berichtsjahr; Braunkohlenwerke waren nicht im Betrieb, auch wurden keine weiblichen Arbeitskräfte beschäftigt. Auf 11 Anlagen arbeiteten 707 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Die Zahl der tödlichen Unfälle ist von 11 auf 13 gestiegen. Die Gesamtzahl der arbeitsbedingten Unfälle betrug 1035 gegen 906 im letzten Berichtsjahr. Da die Verletzlichkeit als zurückgegangen, die Zahl der Unfälle aber gestiegen ist, so liegt nach unserer Meinung ein Vorstoß zum Robe des Bergbaus über die angeführte Mängel der Mansfelder Bergwerksverwaltung vor. Nach dem Bericht sollen auf allen Werken geeignete Räume, Tragsbahnen und sogar Verbandsgänge vorhanden, die Werkstätten sollen in der Anlage des ersten Verbandes ausgebildet sein. Auf jedem Werke befindet sich ein Kranwagen. Es ist nach dem Bericht also alles auf das Beste bestellt. Es hört sich das auch ganz schön an, aber in der Praxis wurden Verunglückte schon auf einem Brett gebunden zutage gefördert. Tragsbahnen und Kranwagen sind manchmal dort nicht zu finden, wo sich ein Unfallsfall ereignete. Wenn der Berichterstatter die etwas gewagte Behauptung aufstellt, daß der Gesundheitszustand der Bergarbeiter keinen Unterschied gegen den der übrigen Bevölkerung aufweist, so ist dem entgegenzusetzen, daß der Rufschmerz über die Verhältnisse sehr wenig oder gar nicht fehlt. Dem Reichsbeamten scheint unbekannt zu sein, daß gerade der Mansfelder Bergmann das niedrigste Durchschnittsalter unter den Bergleuten erreicht. Auch weiß der Bericht nicht zu sagen über die fortgesetzten Maßregelungen und gemeinen Schikanierungen der organisierten Arbeiter durch die Gewaltsbereiter des Reviers. Dagegen wird mit förmlichem Schagen mitgeteilt, daß Hilfsbedürftige Bergleute, Hinterbliebene von solchen und Invaliden aus der Klasse des Kohlenarbeiters 15 676,00 Ml. erhalten hätten; ferner die aus der Löhrlöhne-Stiftung verteilten 206,76 Ml. werden aus gewissenhaftigkeit notiert.

Die Aufsicht des Bergamts Richter im Bergrevier Nordhausen-Stolberg erstreckte sich auf drei Braunkohlen-, zehn Stein- und Kalisalzbergwerke, ein Kupferfischbergerwerk, sowie eine Saline, ferner auf zwei Flußpflanz-, fünf Klüftler- und zwei Schwefelpflanzgruben mit 221 (1910) Arbeitern. Die Zahl der Bergarbeiter ist seit dem letzten Berichtsjahr um 48 Stellen weniger. In 48 Fällen kamen Kontraktverträge vor. In wie vielen Fällen die Arbeiter durch Schikanen der Bergbesitzer oder durch die jammerlichen Gehälter besonders im Braunkohlenbergbau zum Kontraktverträge gezwungen werden sind, darüber berichtet der Bericht nicht. An Arbeitskräften, so heißt es weiter, hat es trotz Zunahme der Werke nicht gefehlt. Der Durchschnittslohn aller Arbeiterklassen betrug für eine Schicht beim Braunkohlenbergbau 2,07 Ml., beim Salzbergbau 3,83 Ml., beim Salinensalzbergbau 3,20 Ml., beim Flußpflanzbergbau 3,15 Ml., Klüftlerbergbau 3,00 Ml. und beim Schwefelpflanzbergbau 3,00 Ml. Trotz dieser Jammerlöhne hält es der Bergamt für angebracht, in seinem Bericht zu sagen, daß eine Hebung des allge-

meinen Wohlstandes auf dem Eisenbergbau durch die Entschärfung der Kohlenwerke unerwünscht sei.

Die Gesamtbeschäftigung des Bergreviers Zeitz betrug nach dem Bericht des Bergamts Erdmann 6881 (6761) Köpfe. Das waren angelegt beim Braunkohlenbergbau 6040 (6857), beim Erzbergbau 212 (214). Auf den meisten Gruben besteht die neunmündige Schichtzeit. In ausfuhrlicher Weise verbreitet sich der Bericht über die Wahlen der Sicherheitsmänner und Arbeiterausschüsse, wobei besonders hervorgehoben wird, daß auf einer Grube zu dem zu der Wahl angelegten Termin nie man erschienen. Es haben drei Streikfälle stattgefunden und zwar beim Neubau der Feinblechfabrik der elektrischen Zentrale, der der Wabauer Braunkohlenindustrie-Aktiengesellschaft gehörigen Braunkohlengrube. Es kreierten 138 Mann. Der zweite Streik ereignete sich auf der Förderanlage der Niederrheinischen Montanwerken gehörigen Braunkohlengrube Paul bei Zudenan. Der dritte Ausstand fand wiederum beim zuerst genannten Werk statt. Auf 22 Gruben des Reviers wurden 209 Arbeiterinnen und 28 Jugendliche beschäftigt. Zur Anmeldung gelangten 980 Betriebsunfälle, darunter fünf mit tödlichem Ausgang. Ein Ausstand der Zeitz war beim Braunkohlenbergbau bei den mit Gewinnungsarbeiten unter Tage beschäftigten Arbeitern zu verzeichnen. Es verdienten die Arbeiter im Jahre 1909 pro Schicht 4,40 Ml., im Jahre 1910 aber nur 4,30 Ml.; der Jahresdienst betrug früher 1320 Ml., jetzt aber nur 1292 Ml.

Angesichts dieser anfliegenden Zahlen, die gewiß nicht zugunsten der Arbeiter ausgefallen sind, wagen es die Wähler im Mitteldeutschen Braunkohlen-Industrieverein, zu behaupten, das Gedinge habe keine Kürzung erfahren. Im ganzen bieten die Berichte für die Arbeiter gar nichts Erfreuliches; sie sind durchweg auf das Lob der Grubenbesitzer zugeschnitten. Wie wir schon oft berichten konnten, haben Gewerbetätige doch manchmal einen Widerstand für allgemeine Verbesserungen der Arbeiterklasse überr. Königlich preussischen Bergleuten über ihre Arbeiterorganisationen, Lebensmittellieferung, Kooperationsvereine, Wohnungsverbände und allgemeinen Fortwärtstreben der Arbeiter unbekannt zu sein. Für sie bedeuten die Verluste nur Zahlen, die zur Feststellung der Beschäftigungsstärke eben notgedrungen mit angeführt werden müssen; alles übrige ist Nebenache. So bedeuten auch diese Berichte schwere Anklagen, die den Grubenbesitzern noch lange in den Ohren klingen werden.

Tarifabschlüsse im Eisenbergwerk.

Zwischen dem Eisenbergverband und der zutunändigen Unternehmerorganisation wurde für das Bergrevium Anhalt und Umgebung ein Bezugslohn abgeschlossen, der neben der neunmündigen Arbeitszeit für die nächsten vier Jahre eine Lohnerhöhung von 6 bis 11 Prozent vorsieht. — Hierdurch ist auch der Streik in Schönstedt aufgehoben. — Im Eisenberg und Gera ist gleichfalls ein Tarif auf vier Jahre mit 10 Prozent Lohnerhöhung abgeschlossen worden.

Merseburg. Vom Neubau der Landesversicherungsanstalt. Die auch von uns gebrachte Notiz, daß der seit längerer Zeit seitens der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt geplante Neubau eines Geschäftshauses nunmehr in Merseburg an der weißen Mauer vor sich gehen soll, dürfte den Lesern vorzuliegen. Die Verhandlungen nach Schluß der Magdeburger Zeitung erfahren haben will, aus dem Beschlußstadium noch nicht herausgetreten. Da sich Magdeburg und Halle a. S. bemühen, durch günstige Angebote (freie Baupläze usw.) die Landesversicherungsanstalt zu bewegen, ihren bisherigen Dienstsitz in ihre Städte zu verlegen, sollen die Verhandlungen noch schweben. Der Magistrat von Magdeburg gibt sich besonder Mühe, daß die Anstalt nach dort verlegt wird, auch das obengenannte einflußreiche Blatt macht für den Plan Stimmung.

Magdeburg. Sozialdemokratischer Verein. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am 1. Mai vormittags 9 Uhr vom Parteivorstand ein Saalbesuch nach Wühlau stattfindet. Abends findet ein Konnert mit Feste und Ball unter Mitwirkung des Turn- und Radfahrervereins statt. Die Genossen werden ersucht, sich recht reger an den Veranstaltungen zu beteiligen.

Wittenberg. Ein Ehrensurteil wurde in der letzten Sitzung des Schwurgerichts in Zeitz gefällt. Der Maurer August Becken von hier, der aus Berlin einen Jagd- und des Habitanten Lamprecht toteschild hatte, wurde wegen Sachbeschädigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Wie das Kreisblatt behauptet, wollte der Angeklagte den Hund des Restaurateurs Witte aus Mache umbringen. Obwohl wir die an den Tag gekommene Wahrheit feststellen wollen, muß das vom Schwurgericht gefällte Urteil ein dramatisches genannt werden, das aber wiederum verständlich erscheint, wenn man berücksichtigt, daß Richter des Klassenkampfes auf diese Weise das heilige Genosse schüben wollten. Oder: wie wurde das Zeitzer Schwurgericht erst

einen Randjunker hernehmen, der einen seiner Knechte schwer mißhandelt? Wir wagen uns das gar nicht auszusprechen. Es ist doch auch allgemein bekannt, daß Betrugsdelinquenten wegen Missetaten an Menschen und begangenen Verbrechen zu sehr geringen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind.

Zeitz. Der Verwaltungsbericht des Kreisamtes Zeitz bringt u. a. folgende für die Gemeinden interessante Zusammenstellung: Die kommunale Bevölkerung der meisten Landgemeinden ist nach wie vor eine hohe, hervorgerufen besonders durch Schulkindern und Wegbaukosten und durch Vermählung und Abgang der für den Wegbau aufzunehmenden Säuglinge. Es gibt eine Anzahl Gemeinden, die schon seit Jahren nicht nur 100, sondern 180 und 200 Prozent Steuerzufolge aufbringen müssen. Die Einführung der Grundbesitzersteuer wird den Gemeinden dringend geraten, sie ist bis jetzt in 38 Gemeinden beschlossen. Die Schuldenlast der Gemeinden ist wiederum gestiegen; abgesehen von einigen Dörfern bei Privatpersonen belanden Ende 1910 bei der Kreisprätorie 146 Dörfern von 115 Mandgemeinden, Schul- und städtischen Gemeinden des Kreises über zusammen 708 888 Mark (gegen 699 und 698 784 Mark Ende 1909). Am 1. Juli 1910 lief die fällige Wahlzeit einer größeren Anzahl Ortsräte ab; 22 wurden wiedergewählt und haben die Wahl angenommen, dagegen wurden in 10 Fällen neue Ortsräte gewählt, die die Ausschreitenden das Amt nicht weiter verwalteten wollten oder konnten. — Bei der Volkszählung am 1. Dezember 1910 hat auf den Waude die Bevölkerung in 91 Ortschaften zur, in 61 abgenommen, während in 6 die gleiche Seelenzahl festgehalten wurde wie 1905. Die Veränderungen sind allerdings nur gering; in 13 Ortschaften betrug die Zunahme 25–50, in 10 Orten 51–100, und nur in zwei (Zeitz und Hahndorf) über 100; in neun Orten hat die Seelenzahl um 25–50, in einem Orte um mehr als 50 abgenommen; im übrigen betrug die Zu- und Abnahme weniger als 25.

Bemerkenswert ist vor allem, daß trotz der geringen Veränderungen in der Bevölkerung die Belastung der Gemeinden immer größer wird, eine Tatsache, die bei der notorischen Steuererhöhung der Reichenden besonders den unteren Volksständen fühlbar wird.

Wittenberg. Schimpfende Kriegerebenelei vor Gericht. Wie hedenlos leichtfertig manche Vaterpatrioten mit der Ehre sozialdemokratisch gekennnter Mitmenschen umspringen, wurde aufs neue durch eine Verurteilung vor dem Kreisgericht Zeitz bestätigt. Der rechte Zeitzer Bergmann und Militärvereinsvorsitzende Paul Kain hatte am 29. Januar in Sachse Galtshaus den Genossen Feiler öffentlich lächerlich belächelt. Genosse B. betrug neben seinen Kameraden auch die Kolportage des Volksblatts, also Grund genug, um von einer Mansfelder Ordnungsbühne gefoltert zu werden. Die Zeitzer Verurteilung an Gerichtsinstanz beweisen sollte, was's Essig; er nannte alternd frautes Zeug zusammen und berief sich auf seine Stellung im Militärverein. Jedenfalls wollte er nach berühmten Mustern auf das Gericht Einbruch machen. Auch recht vornehm benahm sich dieser Feiler, denn alle Vorwürfe zu einem Vergleich nicht, meinte er, der Berg (Berg) es doch nur ins Volksblatt bringen wolle. Unter Würdigung all dieser Umstände verurteilte das Gericht den Kriegerebeneleer wegen öffentlicher Beleidigung zu — fünf Mark Geldstrafe. Der Kleinsten soll nicht im Volksblatt sondern in der Zeitzer Zeitung veröffentlicht werden. — Es gibt also doch noch milde Richter!

Mansfeld. Bau von Mansfeld-Bippra. Das dem Landtag vorgelegene Eisenbahnentwurf fordert für den Bau der Nebenbahn von Mansfeld nach Bippra die Kosten. Das Verkehrsprojekt gilt also als gesichert.

Sangerhausen. Keine Schulgeldfreiheit für die Lehrer. Die den Lehren an der hiesigen Hochschule und der Volkshochschule bisher gewährte Schulgeldfreiheit ihrer Kinder war bekanntlich durch die Beschlässe der städtischen Kollegien ab 1. April in Wegfall gekommen. Die Lehrerhaft hat sich mit diesem Verluste jedoch nicht zufrieden gegeben, sondern die Entschädigung des Bezirksausschusses angeregt. Nachdem ein amtierender Zeitzer Referent verstanden war, ist nun in dieser Angelegenheit die Entscheidung zugunsten der Stadt gefallen. Nach einer Mitteilung der Sangerhäuser Stg. wurde die Klage der Lehrerhaft abgewiesen, weil der Bezirksausschuss die Anstalt betritt, daß hier weder ein öffentlicher Rechtsmittel noch ein privatrechtlicher Vertrag vorliegt.

Sangerhausen. Der Bergbauverein hat am Sonntag nachmittags eine außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins für Wäldert und Umgebung wurde einstimmig beschlossen, die Verbindung mit dem Konsumverein Sangerhausen vorzunehmen. In Wäldert wurden der Geschäftsführer des Sangerhäuser Konsumvereins, Schneider, und der Kassierer des Wäldert Konsumvereins, Demmig, gewählt.

Stolberg. Ein recht beherzter Hoken ist der von dem patriotischen Gauner Pampel innehaben, denn um die hiesige kirchlich zur Ausbreitung gelangte Bürgermeisterei hat bisher nicht weniger als 152 Bewerbungen eingelaufen. Stolberg scheint durch seinen Pampel zur Verhüttung nicht fähig zu sein. Wo wieder ein Schuldenmacher untersticht finden wird?

(Fortsetzung des provinziellen Zeiles in der ersten Beilage.)

„Josef“
J.W. CIGARETTEN
10 Stück 20 Pf.
stehen nach wie vor
auf der höchsten Stufe der Vollkommenheit!

